



Strandabenteuer und Parteitaktik

Sozialdemokraten und Bündnisgrüne des Bundestags haben Anfang Mai der Verlängerung der deutschen Beteiligung an der EU-Operation »Atalanta« nicht zugestimmt. Begründet haben dies beide Fraktionen mit der Ablehnung der neuen Einsatzregeln, wonach logistische Ziele fortan auch am Strand bekämpft werden dürfen. Könnte ihr Abstimmungsverhalten der sicherheitspolitischen Debattenkultur in Deutschland schaden? Haben fortan parteipolitische Profilierungsversuche Vorrang vor außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen?

>>

Strand bei Hoby, Somalia, rund 500 Kilometer nordöstlich von Mogadischu.

Bildquelle: www.panoramio.com / Nadim22

Der Verlängerung der deutschen Beteiligung an der EU-Operation »Atalanta« haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen Anfang Mai ihre Zustimmung verweigert – trotz des Bekundens, hinter dem Sinn der europäischen Marinemission zu stehen. Während sich die Abgeordneten der Grünen enthielten, stimmten die sozialdemokratischen Parlamentarier gegen die Verlängerung des Mandats.

Das deutsche Parlament mandatierte den Antipiraterie-Einsatz von bis zu 1.400 Bundeswehrsoldaten am Horn von Afrika dennoch mit der Mehrheit der Stimmen von CDU/CSU und FDP bis Ende Mai 2013. Das neue Bundestagsmandat ermöglicht den deutschen Soldaten nun, auch an Land Boote, Waffen und Ausrüstung der Piraten zu zerstören. Dafür wird das Einsatzgebiet um zwei Kilometer tief entlang der Küstenlinie in das somalische Festland erweitert. Logistische Ziele in diesem Gebiet dürfen nun aus der Luft bekämpft werden. Der Einsatz von Bodentruppen ist nur in Notfällen, etwa zu Rettungsmaßnahmen, erlaubt. Die neuen Einsatzregeln waren zuvor bereits auf EU-Ebene beschlossen worden.

Dank der neuen Einsatzregeln könnte Piraterie kostspieliger werden.

Was waren die Motive für das Abstimmungsverhalten von SPD und Grünen, mit denen beide Fraktionen von ihrem bisherigen Kurs der Unterstützung der EU-Operation abweichen? Welche möglichen innen- und außenpolitischen Auswirkungen kann die veränderte Haltung der beiden wichtigsten Oppositionsfraktionen haben? Könnte dadurch sogar das bisher ungeschriebene Übereinkommen, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr im Bundestag möglichst mit einer breiten Mehrheit von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP ausgestattet werden, unabhängig davon welche Fraktionen die Regierung stützen, in Zukunft vermehrt in Frage gestellt werden?

Sowohl die Redner der SPD als auch die der Grünen legten in der Bundestagsdebatte am 10. Mai Wert auf die Feststellung, dass sie die Operation

»Atalanta« an sich unterstützten. Nur die neu hinzukommende qualitative Ausweitung des Mandats lehnten sie ab. »Es gibt durchaus Optionen, die man besser nicht hat, und zwar dann nicht, wenn sie bestimmte Grenzüberschreitungen darstellen beziehungsweise ermöglichen, die letztlich nicht zu mehr Erfolg, wohl aber zu mehr Risiko führen, oder wenn sie politische Komplikationen heraufbeschwören, die wir nicht haben wollen«, argumentierte etwa der Sozialdemokrat Gernot Erler. Die Abgeordneten beider Fraktionen begründeten ihre Ablehnung unter anderem damit, dass die Erweiterung des Auftrags zu einer Eskalation führen könne, Zivilisten Schaden nehmen und die Piraten ihre Ausrüstung einfach hinter die Zwei-Kilometer-Grenze verlegen könnten. Daher sei das neue Mandat nicht sinnvoll, sondern mache aus einer bisher erfolgreichen Mission sogar eine »Abenteuermission«, so die Grünen-Abgeordnete Kerstin Müller.

Die Operationsziele des europäischen Marineeinsatzes umfassen neben dem Schutz der Hilfskonvois des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und der internationalen Handelsschiffahrt auch die Bekämpfung der Piraterie in der Region. Um letzteres zu ermöglichen hat die EU die Einsatzregeln seit Beginn der Operation im Jahr 2008 mehrfach angepasst. So ist beispielsweise seit Mai 2011 die Anwendung von Reizgas zur Auftragsdurchsetzung und ein robustes Vorgehen gegen so genannte Mutterschiffe der Piraten erlaubt.

Die Bekämpfung von Booten, Waffen und Treibstoffdepots an Land könnte jedoch ein weitaus effektiverer Ansatz zur Bekämpfung der Piraterie sein: Sie kann Angriffe auf Handelsschiffe zumindest kurzfristig, durch die Zerstörung von Booten, verhindern. Die Angriffe werden auch langfristig kostspieliger, da die Kriminellen sich stets neue Ausrüstung beschaffen müssten. Das Geschäft Piraterie wird somit deutlich weniger einträglich.

Die Gefahr einer Eskalation – etwa der Abschuss von EU-Marinehubschraubern über somalischem Festland – ist gering: Die Piraten leben davon, möglichst unbeobachtet und unauffällig von Verstecken an Land zu den Handelsschiffen zu gelangen. Ihre Reaktion auf die neue europäische Taktik wird sich eher auf das Verstecken und Tarnen ihrer Logistik konzentrieren, als auf das Angreifen von potentiell weit überlegenen Einsatzkräften. Das Argument, Piraten könnten ihre Ausrüstung schlichtweg hinter die verschobene Einsatzgrenze verlegen, um der neuen Bedrohung für ihre Ma- >>

Schiffe und Boote der somalischen Piraten:

Mutterschiffe

Als schwimmende Basis nutzen die Piraten häufig Dhaus mit Deck. Sie werden für Aktivitäten von größerer Reichweite oder auch bei Wetterbedingungen wie dem Monsun eingesetzt, die für kleinere Boote ungünstig sind. An Bord oder im Schlepp führen diese Mutterschiffe weitere Boote mit. Unter den Sammelbegriff »Dhau« fallen allerdings circa 60 verschiedene Schiffstypen mit bis zu 200 Tonnen Verdrängung. Zudem setzten die Piraten in der Vergangenheit auch weit größere Handelsschiffe, die sie in ihre Gewalt bringen konnten, als Mutterschiffe ein.



Versorgungsboote

sind kleinere, offene Boote in der Regel ohne gedeckte Bereiche. Solche »Whaler« dienen zur logistischen Unterstützung von Angriffsbooten der Seeräuber und können unter anderem mit Treibstoff-Fässern und Material zum Entern von Beuteschiffen beladen werden.



Angriffsboote

sind meist kleiner und leichter als Whaler. Diese »Skiffs« werden zum Angriff auf und zum Entern von Beuteschiffen eingesetzt. Sie sind mit ihren starken Außenbordmotoren schnell und wendig und dienen damit dem raschen Transport einer Angriffsgruppe von circa fünf bis zehn Piraten samt Bewaffnung. Ihre Reichweite ist wegen des hohen Kraftstoffverbrauchs jedoch begrenzt.



Quelle: Bundeswehr.de

chenschaften zu entgehen, ist nur eingeschränkt zutreffend. Vor und nach einem Beutezug müssen sie immer noch das »Atalanta«-Einsatzgebiet durchqueren und sind in diesen entscheidenden Momenten angreifbar. Die Sorge, durch Luftangriffe werde die Gefahr für Unbeteiligte steigen, ist hingegen berechtigt. Diese Gefahr kann jedoch durch die Anwendung präziser Luftaufklärung minimiert werden.

Die Argumente von SPD und Grünen scheinen also vor dem Hintergrund des möglichen Nutzens der neuen Taktik nicht so stichhaltig zu sein, als dass sie eine Zustimmung zur Mandatsverlängerung ausgeschlossen hätten. Die

Was wird aus der Gewohnheit des Parlaments, einmal gutgeheißenen Bundeswehreinsetzungen mit übergreifender Mehrheit zuzustimmen?

neuen Einsatzregeln widersprechen jedenfalls nicht dem bisherigen Sinn der Operation – denen sich die beiden Fraktionen ja durchaus verpflichtet fühlen. Ganz im Gegenteil, sie können hinsichtlich des Operationsziels der Piratenbekämpfung ebenso sinnvoll und konsequent sein.

Einiges spricht also dafür, dass bei der Ablehnung des Mandats partei- und wahltaktische Motive eine Rolle gespielt haben. Vor dem Hintergrund brisanter finanzpolitischer Entscheidungen auf europäischer Ebene – Sozialdemokraten und Bündnisgrüne haben sich in Sachen Euro-Rettung der Linie der Bundesregierung oft genug angeschlossen –, mag dem einen oder anderen Parteigänger von SPD und Grünen vielleicht der Eindruck entstanden sein, die beiden Fraktionen würden ihre Oppositionsfunktion vernachlässigen. Hat es sich also um eine einmalige Aktion gehandelt, die etwa der eigenen Anhängerschaft signalisieren sollte, dass die beiden Fraktionen auch noch im Stande sind, gegen die Regierungskoalition zu stimmen?

Der bündnispolitische Schaden ist zunächst gering einzuschätzen. Im Vergleich zu dem von der schwarz-gelben Koalition durch die Enthaltungs- >>

politik in der Libyen-Frage angerichteten Schaden fast marginal. Sozialdemokraten und Grüne haben schließlich in ihrer Rolle als Oppositionsfraktionen gehandelt; es ist anzunehmen, dass beide Fraktionen in Regierungsverantwortung dem neuen Mandat zugestimmt hätten. Immerhin war es auch die rot-grüne Regierung, die 1999 die Beteiligung der Bundesrepublik am Nato-Luftkrieg gegen Serbien und ab 2002 am Afghanistan-Einsatz verantwortete.

Umso kritischer sind jedoch mögliche Auswirkungen des Abstimmungsverhaltens in dieser Sache für die innenpolitische Diskussion in Deutschland über Sicherheitspolitik zu bewerten. Es wäre geradezu gefährlich, wenn die Opposition mit der Verweigerung ihrer Unterstützung für das »Atalanta«-Mandat eine Entwicklung eingeleitet hätte, an deren Ende bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich nicht mehr eine breite fraktionsübergreifende Mehrheit im Bundestag finden würden. Sollte dieses Verhalten Schule machen und die Opposition fortan selbst Debatten über militärische Beteiligungen an UN-mandatierten EU-Operationen nutzen, um sich innenpolitisch zu profilieren und um die eigenen Wähler- und Anhängerschaften zu bedienen, wäre Berlins außen- und sicherheitspolitischer Handlungsspielraum massiv eingeschränkt. Dann wäre auch Deutschlands Bündnisfähigkeit empfindlich gestört.

Bisher war es parlamentarische Gewohnheit, die robusten Auslandsmissionen mit möglichst fraktionsübergreifender Mehrheit auszustatten. Die sensible Thematik, nicht zuletzt zum Wohl der Soldaten im Einsatz, sollte aus dem parteitaktischen, und auf Erfolge bei Wahlen ausgerichteten Politikgeschäft, herausgehalten werden. Wenn die Opposition nun allerdings die Beteiligung der Bundeswehr an einer UN-mandatierten EU-Operation als »Abenteuermission« bezeichnet, zeichnet sich eine Aufweichung dieses Grundsatzes ab.

Dass es sich bei dem Abstimmungsverhalten von SPD und Grünen in der Atalanta-Frage um eine Ausnahme gehandelt hat, bleibt zu wünschen. Hoffnungsvoll für den deutschen außenpolitischen Handlungsspielraum, und auch das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Politik, stimmt immerhin die breite fraktionsübergreifende Zustimmung von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen für das KFOR-Mandat, das der Bundestag zwei Wochen nach der Atalanta-Debatte erneuert hat.

Florens Mayer

Quellen und Links:

[Webpräsenz der European Union Naval Force Somalia](#)

[Bericht »Wildwest auf See: Wer bietet Schutz vor Piraten?« von NDR Info »Streitkräfte und Strategien« vom 2. Juni 2012](#)

[Plenarprotokoll der Bundestagsitzung am 10. Mai 2012](#)

[Sascha Albrecht: »Pirateriebekämpfung an Land: maritime Optionen Deutschlands«, Kurzinformation der Stiftung Wissenschaft und Politik vom 21. März 2012](#)

[Forschungspapier »Zeit für eine neue Somalia-Politik« der Stiftung Wissenschaft und Politik vom November 2011](#)

Impressum:

ADLAS aktuell

ist der Infoletter des überparteilichen, akademischen **ADLAS** Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik. Er erscheint unregelmäßig als Ergänzung zum Magazin.

Redaktion und Layout

ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik
Zitate nur mit Quellenangabe

Herausgeber

Michael Seibold; c/o Bundesverband
Sicherheitspolitik an Hochschulen;
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn